№ 1703. Sonnabend, den 31. Januar. (Morgen-Ausgabe.) 1863.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 30. Januar, Abends 7¼ Uhr.

Berlin, 30. Januar. Nach den Auslassungen der „Norddeutschen Allgem. Ztg." ist es mehr als möglich, daß Se. Majestät der König die Adresse des Abgeordnetenhauses annehmen, die Ueberreichung derselben durch eine Deputation aber ablehnen werde.

Dasselbe Blatt bemerkt: Aus den Schlußworten des Ministerpräsidenten haben Provinzialblätter die Absicht der Regierung gefolgert, das Abgeordnetenhaus zu vertagen oder aufzulösen. Beides, versichert das genannte Blatt, sei nicht in Frage gekommen.

Angekommen 30. Januar, 9 Uhr Abends.

Berlin, 30. Januar. Der Wahlbezirk Sternberg (Frankfurt) hat an die Stelle des ausgeschiedenen Geh. Revisionsraths Ambronn den Kreisrichter Ollenroth (liberal) gewählt.

Aus Gotha wird bestätigt, daß die Thron-Candidatur des Herzogs Ernst von Coburg noch beibehalten wird.

Angekommen 30. Januar 6½ Uhr Abends.

Petersburg, 30. Januar. Aus Warschau vom 29. d. M., Nachmittags, wird berichtet, daß ein Kosaken-Detachement aus Modlin ausgezogen und eine Insurgentenbande vernichtete. Letztere hatte 20 Todte, 6 Verwundete und 42 Gefangene. Die Kosaken zählten 3 Verwundete. Die Warschau-Petersburger Telegraphen-Linie war diese Nacht unterbrochen.

Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 29. Januar. [Adreßdebatte.] (Schluß)

Bei der Discussion über Abschnitt IV. der Adresse.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich halte es für wichtig, die Schlußworte dieses Abschnittes: „Es (das Land) stand zu seinen Abgeordneten", auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Es fragt sich, in welcher Weise Sie diese Thatsache feststellen. Es giebt hierfür zwei Wege: Wahlen und Zustimmungs-Adressen. Ueber beide Wege will ich mir einige Worte erlauben. Nach der Verfassung (Art. 83) besteht die Volksvertretung aus beiden Häusern des Landtages, und eine Bevorzugung dieses Hauses existirt nur in Bezug auf die Verhandlung der finanziellen Vorlagen. Da Sie sich aber nicht hierauf, sondern auf eine Thatsache berufen, so ist es geboten, derselben näher ins Gesicht zu sehen. Schon gestern ist behauptet worden, daß an den Wahlen sich nur ein Bruchtheil der Wähler betheiligt habe; ich lasse dahingestellt, ob 27 %, wie der Kriegsminister, oder 34 %, wie der Abgeordnete von Unruh behauptete. Von diesen 27 oder 34 % sind die Wahlmänner, etwa 70,000 an der Zahl, gewählt. Aus der Majorität dieser Wahlmänner, der Hälfte, sind Sie hervorgegangen (Unruhe.) Das Rechenexempel ist unbestreitbar (Gelächter). Ich betrachte Ihre Heiterkeit als Zustimmung. — Dieser Umstand hindert freilich nicht, daß Sie die verfassungsmäßige Vertretung des Volkes sind, aber Sie können sich nicht als aus der Majorität des Volkes hervorgegangen bezeichnen, zumal Sie nicht einen Nachweis dafür beibringen können, daß selbst Ihre Wähler mit Ihnen übereinstimmen. — Ein zweiter Weg zur Feststellung der behaupteten Thatsache liegt in den an Sie gerichteten Zustimmungsadressen, welche von 300 und ich weiß nicht wie vielen Tausenden unterschrieben sind. Ich will keinen Werth darauf legen, daß die entgegengesetzten Adressen mehr Unterschriften haben; es kommt darauf nicht an, da wir nicht unter dem allgemeinen Stimmrecht, sondern unter der Herrschaft des Königthums und der Gesetze leben. Aber die gestrige Kritik einer Loyalitätsadresse nöthigt mich, einen kurzen Artikel zu verlesen; (der Ministerpräsident verliest eine schon durch die Zeitungen bekannt gewordene Erklärung von Einwohnern der Gemeinde Muschwitz bei Merseburg, die ihre einer Zustimmungsadresse an das Abgeordnetenhaus gegebenen Unterschriften zurückziehen; sie geben an, daß ein junger Mann in die Häuser gegangen sei, wo er die Männer nicht getroffen, Frauen und unmündige Kinder habe unterschreiben lassen; wo auch solche fehlten, hätte er selbst unterzeichnet). Wie gesagt, es kommt darauf gar nicht an und ich hätte den Fall nicht erwähnt, wenn dies nicht von der Gegenseite veranlaßt worden wäre.

Abg. Dr. Faucher: Ueberraschender war mir nichts als die Zweifel des Hrn. v. Bismarck, ob das Land zu uns stehe. Hr. v. Bismarck hat ja das beste Mittel an der Hand, dies zu constatiren: die Auflösung; da er aber die Auflösung nicht empfohlen hat, so wissen wir durch ihn selber, daß die Majorität uns gesichert sei. Bei seiner Rechnung hat Herr v. Bismarck eine Wahrscheinlichkeitsrechnung vergessen. Wenn 30 pCt. der Wähler gestimmt haben, so kommen nach den Stimmverhältnissen des Hauses auf uns 25, auf unsere Gegner 5 pCt. Es blieben somit 70 pCt. übrig, die aber der Hr. Kriegsminister alle für sich in Beschlag nimmt. (Große Heiterkeit.) Das ist aber unbillig; „mindestens müßten wir doch theilen, 35 für uns, 35 für Sie"; dann haben wir aber 60, also wieder die Majorität. (Heiterkeit.)

Abg. v. Unruh weist durch Zahlen nach, daß das Abgeordnetenhaus aus der Majorität der Wähler der ersten und zweiten Classe hervorgegangen ist. Wenn man dennoch dem Hause vorwirft, es sei aus Minoritätswahlen hervorgegangen, so kann sich das nur auf die Wähler dritter Classe beziehen. Da würde dann die Schuld auf das Wahlgesetz fallen, für das wir nichts können.

Abg. Virchow: Dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber bemerke ich, daß die Ueberzeugung, daß wir das Land vertreten, ein ganz allgemeiner und in allen unabhängigen Kreisen feststehender ist. Ich erinnere an die Neujahrsadresse des Magistrats zu Berlin, an die Adresse der rheinische Notabeln. Während die Loyalitätsadressen mit aller Macht des gouvernementalen Einflusses betrieben wurden, haben sich die Behörden dem Zusammenbringen von Adressen an dies Haus auf eine nach meiner Ansicht wiederum verfassungswidrige Weise entgegengestellt. Ich erinnere an das Schreiben des Belgarder Landraths v. d. Recke. (Der Redner verliest das Schreiben.) Ich glaube daher, daß die an uns gekommenen Erklärungen des Landes sehr schwer wiegen gegenüber den Loyalitätsadressen. (Es erfolgt darauf die Abstimmung über das Alinea 4. Dasselbe wird angenommen.)

Justizminister Graf zur Lippe (mit Zeichen freudiger Ueberraschung empfangen): Es sei von Verleumdungen des Hauses in dem Entwurfe die Rede und darin Personen angeklagt, die hier nicht vertreten. Gegen die desfallsige Andeutung des Abg. v. Vincke wolle er bemerken, es sei doch nicht seines Amtes, gerichtliche Verfolgungen einleiten zu lassen. Nach § 101 des Str.-G.-B. habe das hohe Haus bekanntlich die Ermächtigung dazu zu ertheilen. Es möge diese Ermächtigung an ihn richten, und er werde thun, was seines Amtes. Oder solle er diese Ermächtigung beantragen? Sobald die Sache aber in der Adresse zur Sprache komme, könne er das doch nicht, da er sehe, das Haus wolle sie eben auf einem anderen Wege erledigen (große Heiterkeit). Er werde dies aber auch aus einem anderen Grunde nicht thun. Schon früher sei es stets Rechtens gewesen, daß wegen an Se. Majestät gerichteter Eingaben eine Verfolgung nicht eingetreten sei ohne ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät, weil Niemand bei derartigen Eingaben in der Wahl seiner Ausdrücke beschränkt sein solle. Aus diesem Grunde sei also auch wegen der sogenannten Loyalitätsadressen eine Verfolgung nicht eingeleitet worden.

Abg. Virchow: Absatz V. der Adresse enthalte nicht einen Vorwurf deshalb, weil gegen die Loyalitätsadressen nicht gerichtlich eingeschritten worden. Er glaube auch nicht, daß das Haus dies wünsche. Es handle sich vielmehr um eine Beschwerde über das Ministerium, die solche Adressen an Se. Majestät gelangen ließ. Was insonderheit die Erwiderung des Herrn Ministerpräsidenten auf eine von ihm erwähnte Adresse anlange, so stützten sich seine Angaben auf gerichtliche Documente, die er jederzeit vorlegen könne.

Abg. v. Vincke (Stargardt): Er habe nicht von gerichtlicher Verfolgung gesprochen, sondern wie der Abg. Virchow gesagt, daß die Aufgabe der Minister gewesen wäre, jene Adressen nicht an Se. Majestät gelangen zu lassen. Der Minister habe übrigens allerdings die Befugniß, Anweisungen an die Oberstaatsanwälte zu erlassen und seine Vorgänger — ob auch er selbst, wisse er nicht — hätten in Bezug auf die Presse von dieser Befugniß oft genug Gebrauch gemacht. Und dazu habe er den vorliegenden Fall für ganz besonders geeignet gehalten. Denn jene Adressen seien ja nicht Eigenthum Sr. Majestät geblieben, sondern geflissentlich veröffentlicht worden (hört! hört!). Ob das Haus dann die Genehmigung ertheilt hätte oder nicht, die Möglichkeit der Versagung hätte keine Veranlassung sein dürfen, die Minister zu verhindern, ihre Pflicht zu thun.

Der Schluß der Discussion über Passus V. und dieser selbst wird angenommen (dagegen die Katholiken).

Zu Abschnitt VI. giebt der Abg. v. Bockum-Dolffs die Erklärung ab, daß er, als von den bezüglichen Maßregelungen betroffen, sich der Abstimmung über diesen Punkt enthalten werde.

Abg. Immermann: Ich hatte mir vorgenommen darüber zu sprechen, daß in einer der im Passus 6 der Adresse gerügten Maßnahmen der Regierung kein Gebrauch, sondern ein Mißbrauch der Disciplin liege, daß sie außerdem eine Gesetzesverletzung enthalte. Das ganze Material, was ich hierzu gesammelt, lasse ich nach den erschöpfenden Auseinandersetzungen der früheren Redner liegen. Nur was ich zum Schluß sagen wollte, führe ich kurz an. Die Maßregeln der Regierung sind objectiv unsittlich, weil sie mit Erfolg durchgeführt, den Beamtenstand depraviren. In jedem Menschen ist ein sittlicher Keim seine Ueberzeugung. Schmach und Schande über den Mann, der das, was er als nothwendig erkannt hat, verleugnet. Schmach und Schande vor Allem über den Beamten, über den Richter, dessen Beruf es gerade ist, nach seiner Ueberzeugung zu thun. Diese Maßregeln, mit Erfolg ausgeführt, überhäufen den Beamten mit Schmach vor sich, vor dem Volke (hört!). In die sittliche Region reicht keine Disciplin, in dieser stehe ich sowie der Minister nur vor dem obersten Richter. Diese Maßregeln sind aber nicht nur nach allgemeinem sittlichen Gefühl unrichtig, sie sind auch unchristlich. Ich stehe und bleibe fest auf dem Boden des positiven Christenthums. Dies Bekenntniß kostet mir Mühe, nicht, weil ich mich scheue, sondern, weil man manches Zarte nicht gern auf den Markt trägt. Ich habe mich überwunden. Das Christenthum hat mich belehrt, daß der Grundgedanke desselben die Wahrheit ist. Nicht jene formelle Wahrheit, nein, jene treu eigene, göttliche, substantielle, Alles durchleuchtende und selbst durchleuchtete. Diese kann ich nicht finden auf dem Wege der Regierung. Es ist das Gebot Gottes, auch die weltlichen Gesetze heilig zu halten. Ohne dies stürzt Alles in ein wüstes Chaos. Das weltliche Gesetz formt das Gefäß für die christliche Wahrheit, legt das Fundament zu derselben. Es ist eitel Wahn, von einem christlichen Staat zu sprechen, ohne das Gesetz. Nun will ich nur noch sagen, warum ich mich von dem politischen auf das sittliche Gebiet begebe. In diesem Chaos ist das Politische von dem Sittlichen unzertrennlich. Aus diesem Wirrwar kommen wir nur durch Recht, Wahrheit, Sittlichkeit. Jeder Staat ohne diese drei Säulen ist dem schwachen Hause gleich, dessen Gebälk krank ist, das plötzlich zusammenbricht und Alles begräbt. In solchem Chaos muß Jeder seine Ueberzeugung aussprechen, ich habe es gethan. (Bravo!)

Abg. v. Forckenbeck, der in Bezug auf die Landwehr das Wort nehmen wollte, verzichtet. — Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Alinea 6 wird angenommen. Alinea 7 wird ohne Discussion angenommen. Hierauf ergreift das Wort zu dem Passus über die auswärtige Politik: Ministerpräsident v. Bismarck: Was das Bestreben, dem Auslande gegenüber das Vaterland als erniedrigt darzustellen, betrifft, das zu beurtheilen überlasse ich dem Lande. Ich verliere darüber kein Wort; ich will mich nur nach zwei Seiten hin beruhigend aussprechen, einmal um das Haus selbst zu beruhigen, zweitens um nach Außen hin darüber zu beruhigen, als ob der innere Conflict uns verhindern könne, unsere Kraft nach außen zu wenden. In ersterer Beziehung würde das Mittel zur Ausgleichung schlimmer sein als der Conflict selbst; und ich habe dieses Mittel bereits gekennzeichnet. Wir glauben die innere Frage mit Ihnen oder Ihren Nachfolgern erledigen zu können, ohne dem Ansehen Preußens im Auslande zu schaden. Aber Sie selbst würden nicht im Stande sein, uns den Beistand des Landes und die Mittel zu versagen, die nöthig sind, die Wehrkraft Preußens nach Außen hin aufrecht zu erhalten.

Bei der Abstimmung erhebt sich für den Entwurf des Herrn v. Vincke die nächste Nachbarschaft desselben, für den Entwurf des Herrn Reichensperger die katholische Fraction mit Ausnahme der Abgg. v. Mallinkrodt und Plaßmann. — Ehe zur namentlichen Abstimmung über den Adreßentwurf der Commission geschritten wird, theilt der Präsident zwei Schreiben, das eine vom Dr. Kosch mit, wonach der Abg. Simson noch krank ist, und das andere vom Abg. Hagen, worin derselbe mittheilt, daß er ebenfalls krank sei, daß er jedoch bitte mitzutheilen, daß er unter allen Umständen für die Adresse stimmen würde. (Bravo! Heiterkeit.)

Deutschland.

*** Berlin, 29 Januar. Zu den hervorragendsten Momenten der ganzen Adreßdebatte zählt unstreitig die heutige Rede des Abgeordneten Gneist, die unsere Lage sowohl wie den Standpunkt, die Handlungen der Regierung und die in Frage kommenden Rechtsverhältnisse im Zusammenhang echt staatsmännisch zusammenfaßte und beleuchtete. Die Rede ist mit jedem einzelnen Satz so sehr ein zusammenhängendes Ganze, daß ihre Bedeutung nur von dem ganz gewürdigt werden kann, der sie vollständig vor sich hat. Im Hause machte sie sowohl auf die Abgeordneten wie auf die Zuhörer den tiefsten Eindruck. Wie sie von den Ministern aufgenommen, konnte man nur daran merken, daß keiner mehr eine ernste Entgegnung unternahm. Herr Gneist hat in dieser Rede vor allen Dingen das große Verdienst, den bekannten Ruf der Gouvernementalen, ob Königliches oder parlamentarisches Regiment, vollständig vernichtet und zugleich die richtige Lösung in dem Kampfe, in welchem wir uns befinden, nicht allein ausgesprochen, sondern auch thatsächlich nachgewiesen zu haben. Es handelt sich bei uns um die Frage, ob verfassungsmäßige oder Cabinetsregierung. Die große Offenheit des Herrn Ministers des Innern und die Frage des Herrn Ministerpräsidenten, welches Ministerium nach ihnen wohl auf eine Partei in der Landesvertretung sich würde stützen können, gaben Herrn Gneist die nöthigen thatsächlichen Anhaltpunkte. — Gewiß wird dem Lande ein großer Dienst erwiesen werden, wenn die ganze Adreßdebatte für jedermann zugänglich im Druck erscheint. Die Sorge hierfür sollte von der Volkspartei unter keinen Umständen unterlassen werden. Diese Debatten erheben sich in Bedeutung weit über Alles, was je in der preußischen Landesvertretung verhandelt worden und schwerlich wird sich Instructiveres für das Volk herstellen lassen. Es cursiren wieder Auflösungsgerüchte; man darf aber wohl nichts auf sie geben.

— (N.-Z.) Mehrere Minister haben gestern dem Abg. Virchow erwiedert, daß die von ihm hervorgehobenen Thatsachen nicht correct seien, und namentlich schien Herr von Roon geneigt, auf das von ihm so häufig behandelte Thema von den Entstellungen der Presse zurückzukommen. In dieser Beziehung möchten wir doch daran erinnern, daß alle Berichte über die Loyalitäts-Deputationen ausschließlich den feudalen Blättern entlehnt werden mußten. Diese theilten die überreichten Adressen, die Ansprachen der Führer, die Antworten des Königs, die Unterredungen mit den Ministern bei verschiedenen Privataudienzen nach den Zusammenstellungen der Mitglieder der Deputationen mit. Sind also unrichtige Angaben gemacht worden, so können die Herren Minister ihre Beschwerden nur gegen die Veranstalter der Deputationen selbst richten. Der von Herrn v. Roon speciellen angefochtene Bericht befand sich in dem „Preußischen Volksblatt", war demselben aus Neusalz zugegangen, und theilte aus dem

Munde der Heimgekehrten selbst die Erlebnisse i.. Berlin ausführlich mit. Vielfach dürfte auch die Berichtigung des Herrn Kriegsministers nicht sehr schlagend gefunden werden. Sie kommt etwa darauf hinaus, daß die Feudalen von reinem Wasser von dem Vorwurfe der Faulheit und Feigheit freigesprochen werden und dieser Vorwurf ausschließlich auf denjenigen Elementen sitzen bleibt, welche man als „Ordnungspartei“ in der „Patriotischen Vereinigung“ zu sammeln sucht, obwohl sie eigentlich keinen andern politischen Character besitzen als den, daß sie am liebsten mit der herrschenden Macht gehen.

— (B.- u. H.-Z.) Man bringt die neuerdings eingeleitete Vermehrung der Zahl der Kron-Syndiken mit einer schon vor längerer Zeit geäußerten Absicht Sr. Majestät des Königs in Zusammenhang, die Kron-Syndiken zu einem Ausspruch über den Verfassungs-Conflict bezüglich des Staatshaushalts-Gesetzes zusammentreten zu lassen.

— Nach der neuesten Zusammenstellung der Abgeordneten, nach den Fractionen geordnet, ergiebt sich folgendes Resultat: Fraction der Conservativen 11, der Constitutionellen (v. Vincke) 22, freier parlamentarischer Verein (von Rönne-Lette) 18, Centrum (Ultramontane) 32, Fraction des linken Centrums (v. Bockum Dolffs) 96, Deutsche Fortschrittspartei 136, Polen 23, Wilde 9, Erledigte Mandate 5

Danzig, den 31. Januar.

* In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins hielt Herr Oberlehrer Troeger einen Vortrag „über den deutschen Zollverein“. Hierauf zeigte Herr Dr. Kirchner ein aus England bezogenes Stück Berg-Crystalle enthaltendes Eisenerz vor, besprach die großartige Schuh- und Stiefelfabrik in Pirmasens, und gab schließlich ein Bild der bedeutenden Crinolinen-Fabrik in Annaberg. Im Jahre 1861 kauften zwei Amerikaner dort einige Morgen Landes, um auf demselben eine Fabrik anzulegen. Während man das Project der Ausländer verspottete, gingen dieselben sofort an die Ausführung. Kurze Zeit darauf sah man auf dem bisher unbebauten Platze ein umfangreiches Fabrikgebäude erstehen und zwei Monate nach dessen Vollendung wurden schon circa 150 Mädchen darin beschäftigt. Der Betrieb der Fabrik vermehrte sich dergestalt, daß in derselben gegenwärtig etwa 2500 Arbeiter genügende Beschäftigung finden. Daneben sind indessen in Annaberg noch 3 Concurrenz-Fabriken entstanden, die mit dem ersten Institute die Frauen der ganzen civilisirten Welt mit Crinolinen versorgen und lucrative Geschäfte machen.

‡ [Danziger Handwerkerverein.] Die 4 ersten diesjährigen Sitzungen haben bereits manchen bisherigen Gast zur dauernden Mitgliedschaft veranlaßt und somit auch die materielle Seite des Vereins wesentlich gefördert. Der Stoff des in den Vorträgen Gebotenen war gewiß geeignet, nach allen Seiten hin zu befriedigen. Herr Dr. Lampe eröffnete die Jahres-Sitzungen mit einem populären Vortrage über „die Dampfmaschine“, welcher deutlich bekundete, daß der Herr Vortragende auf der Höhe der heutigen Technik steht, so weit die Wissenschaft sie verfolgen kann; eine kleine nach James Watt gebaute Dampfmaschine verwirklichte in schöner Praxis, was die Theorie in faßlichen Worten gewährte. Hrn. Dr. Lanberts Vortrage über den „Sydenhamer Palast“ folgte die zahlreiche Versammlung mit gleichem Interesse und war besonders der die ägyptischen Alterthümer behandelnde Theil von besonders ethnographischem Werthe. Beide Herren werden an zwei Abenden ihre Vorträge fortsetzen. Herr Realschullehrer Schulze gab zweimal eine instructive Uebersicht über das „Thierreich“, wobei Abbildungen und vorhandene Exemplare von Hand zu Hand gingen. Mit besonderem Geschick wußte Herr Schulze nicht nur eine richtige Auswahl des immensen Stoffes zu treffen, sondern auch nach einer gedrängten Uebersicht der zoologischen Forschungen die nach den verschiedenen Organen nöthigen Gruppirungen, so wie den Athmungs-, Verdauungs- und Entwickelungsprozeß in leicht faßlicher Weise zu erörtern. Der Fragekasten, von jeher im Handwerkerverein als die hauptsächlichste Quelle der Belehrung angesehen, hat sich über verschiedene Gebiete ausgedehnt und den Herren Dr. Brandt, Dr. Boeszermeny, Dr. med. Hein, Jacobsen, Dr. juris Neumann, Dr. Semon u. A. Gelegenheit zu mannigfachen Erklärungen gegeben. Nicht bloß das im gewöhnlichen Leben geübte Auge, sondern auch die aus circa 150 Bänden bestehende Bibliothek und die dadurch angeregte Wißbegierde versehen den Fragekasten mit reichlicher Nahrung; zur allgemeinen Befriedigung erklärte in der letzten Sitzung Herr Dr. Brandt, daß er auch für dieses Jahr die bereits im December auf ihn gefallene Wiederwahl zum Vorsitzenden annehme. Herr Dr. med. Hein jun. wurde zum Stellvertreter ernannt. So kann trotz der vielen Concurrenz der hiesige Handwerkerverein getrost seiner weiteren Entwickelung entgegensehen. Herr Dr. Liévin, der ihn vor zwei Jahren ins Leben rief, wird am nächsten Montage den Vortrag halten. . . . . o.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Ein Sohn: Hrn. Adolph Liedtke (Elbing); Hrn. C. Wetzel (Danzig). — Eine Tochter: Hrn. Herrmann Filter (Königsberg); Hrn. J. Klingenberg jun. (Tiegenhoff).

Todesfälle: Hr. Schiffscapitain Alexander Szitnick (Königsberg); Hr. J. B. Krahmer (Gumbinnen).

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Angekommene Fremde am 29. Januar.

Englisches Haus: Rittergutsbes. Gottliebson a. Niepoczlowicz. Vers.-Insp. Garz, Kaufl. Jacobi u. Grantz a. Berlin, Storck a. Chemnitz, Kleinau a. Magdeburg, Joachimsohn a. Samter, Schmidt u. Weinhändler Ehlert a. Königsberg.

Hôtel de Berlin: Hauptm. v. Lindeiner-Wildau a. Breslau. Rittergutsbes. Hannemann a. Paleschken. Kaufl. Ehrhardt, Baum u. Meyrowski a. Berlin, Jäger a. Köln u. Brennler a. Bremen.

Hôtel de Thorn: Frau Kreis-Baumstr. Hille a. Conitz. Gutsbes. Carl Wessel n. Gem. a. Stüblau. Baumstr. Kischke a. Neustadt. Kaufl. Killbach a. Berlin u. Zittinger a. Köln. Gutsbes. Robinsohn a. Stettin.

Walters Hôtel: Rittergutsbes. Weiß a. Niedamowo. Gutsbes. Hoffchen a. Adl. Gremblin. Ingenieur Feghbeutel a. Hohenstein. Kaufl. Riesemann u. Döring a. Marienburg u. Hammer a. Bunzlau.

Schmelzer's Hôtel: Kaufl. Counin a. Lille, Müller u. Levinsohn a. Berlin, Strauß a. Magdeburg u. Pitroff a. Bremen. Fabrikbes. Freitag u. Gasthofsbes. Escher a. Raschau.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.